

15.16

Abgeordnete Cornelia Ecker (SPÖ): Frau Präsidentin! Herr Minister! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt einen gewichtigen Grund, Glyphosat zu verbieten, das ist die Demokratie. Heute oder morgen wird, wie gesagt, in der Europäischen Union die Richtungsentscheidung getroffen, wobei es ja nicht nur um ein Unkrautvernichtungsmittel geht, sondern auch darum, wer in der Union künftig das Sagen hat: die Menschen oder die Konzerne. Seit Jahren wird gestritten, ob Glyphosat krebserregend ist oder nicht; immerhin geht es ja um das am meisten verwendete Unkrautvernichtungsmittel dieser Welt. Fachzeitschriften, NGOs, Politiker und viele Leute zerbrechen sich den Kopf und liefern sich einen Schlagabtausch. Aus der politischen Perspektive geht es aber auch um eine klare Haltung. Für mich selbst ist es ganz klar: Wenn nur die geringste Möglichkeit einer Gesundheitsschädigung vorhanden ist oder eine krebserregende Substanz drinnen ist, dann ist es ganz klar, dass hier eine ablehnende Haltung eingenommen werden muss. (*Abg. Pirkhuber: ... französische Ministerin!*)

Demokratie ist die Regierung des Volkes und für das Volk. Wenn heute in Brüssel das demokratische Prinzip den Wirtschaftsinteressen geopfert wird, dann müssen wir uns wirklich die allergrößten Sorgen machen. Heute wurden bekanntlich 240 000 Unterschriften, die sich klar für ein Verbot aussprechen, der Kommission übergeben. Ich glaube, die Kommission tut gut daran, sich der Sorgen der Menschen anzunehmen. Es gibt nämlich gewöhnliche Menschen, die fast täglich zu mir kommen und sagen: Ich bin mir nicht mehr sicher, wenn ich eine Tomate esse, ob das gesund oder nicht gesund ist. Es gibt Väter und Mütter, die sich nicht mehr sicher sind, wenn sie mit ihren Kindern oder Haustieren über Felder oder Wiesen gehen, ob das die Gesundheit gefährdet oder nicht. Ich verspüre dabei, lieber Herr Minister, eine große Verunsicherung der Menschen in unserem Land, und die sollte man ernst nehmen.

Europa wurde auf dem Fundament gegründet, einander zuzuhören und vor allem zusammenzuarbeiten, wollen wir Stabilität und Frieden beibehalten. Was im Großen gilt, muss doch auch im Kleinen gelten. Nehmen wir die Sorgen der Menschen ernst, gilt es also auch, möglicherweise krebserregende Stoffe vorab zu verbannen. Ich glaube auch, wie es auch mein Vorredner schon gesagt hat, dass da das Prinzip der Vorsorge gilt. Ich bin eine Salzburger Abgeordnete, und mein Kollege Herr Pirkhuber hat ja schon vorgetragen, wie sich der Salzburger Landtag zum Thema Glyphosat entschieden hat.

Die österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit, kurz AGES genannt, wird Österreich bei der Europäischen Kommission vertreten, und diese hat sich wie folgt geäußert – und das möchte ich auch gerne zitieren –: Die AGES „hat dabei konkrete Einschränkungen im Sinne des integrierten Pflanzenschutzes bei der Vorernte-Behandlung (Sikkation) sowie für den Haus- und Kleingartenbereich gefordert“. Sie haben das schon erwähnt, Herr Minister. Zur Erklärung: Die Sikkation ist das Totspritzen der Pflanzen. Weiters setzt sich die AGES unter anderem dafür ein, dass im Rahmen der Zulassung glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel in den EU-Mitgliedstaaten den indirekten Auswirkungen auf die Artenvielfalt Aufmerksamkeit zu schenken ist. Es liegt jetzt an der Kommission, einen neuen Vorschlag vorzulegen, der diese Forderung berücksichtigt, andernfalls wird Österreich dem Vorschlag nicht zustimmen können.

Herr Minister, das bedeutet also, dass Sie jetzt auf den Text der Kommission warten, um eine Entscheidung treffen zu können. Ich möchte an Sie appellieren, und es liegt mir wirklich sehr am Herzen: Nehmen Sie die Sorgen der Menschen in unserem Land ernst, stimmen Sie der Verlängerung von Glyphosat **nicht** zu! Warum ist es so schwierig, sich an den Menschen zu orientieren? Österreich hat eine klare Position zu vertreten, und zuallererst müssen immer die Menschen gelten und kommen.

Ich nehme Sie, lieber Herr Minister, beim Wort, denn erst kürzlich haben Sie gesagt, dass Österreichs Landwirtschaft kein Glyphosat braucht. Dieser Meinung schließe ich mich ganz klar an, Herr Minister. Lassen Sie den Worten nun Taten folgen! Es wäre gut, wenn Österreich ein Zeichen setzt und sich gegen die Verlängerung des vielleicht krebserregenden Mittels ausspricht.

Abschließend möchte ich noch einen Punkt anführen, der meiner Meinung nach bestätigt, wie umstritten das Thema ist und wie unterschiedlich sich ja auch die Menschen dazu verhalten. Kurz bevor die Abstimmung über Glyphosat stattgefunden hat, ist eine Studie hervorgezaubert worden, welche die Unbedenklichkeit bescheinigt. Niemand wird in dieser kurzen Zeit diese Studie überprüfen können – ich selbst natürlich auch nicht –, zudem wird der Chef der Arbeitsgruppe, welche die Studie herausgegeben hat, verdächtigt, in einem massiven Interessenkonflikt zu stehen. (*Abg. Pirkhuber: Richtig!*) Und deshalb sagt auch mein Bauchgefühl **Nein** zu Glyphosat, weil es einfach zu viele Zweifel gibt.

Abschließend möchte ich dem Landwirtschaftsminister also die dringende Empfehlung mitgeben, sich das Abstimmungsverhalten ganz klar zu überlegen, denn die Verantwortung in unserem Land haben Sie, sehr geschätzter Herr Minister, und die

Menschen in unserem Land haben leider das schlechte Gefühl. – Danke. (*Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der Grünen.*)

15.22

Präsidentin Doris Bures: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Schmuckenschlager. – Bitte.